

03.11.2014

## **Aktuelle Stunde**

**auf Antrag  
der Fraktion der FDP**

### **Interessen von Nordrhein-Westfalen werden übergangen – Pkw-Maut schadet Tourismus, Gastronomie und Einzelhandel**

In der vergangenen Woche wurde von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt der Entwurf für ein Gesetz zur Einführung der Pkw-Maut auf Bundesfernstraßen vorgestellt. Zwar wurden die zuvor zur Diskussion gestellten Eckpunkte des Maut-Konzeptes noch einmal überarbeitet, das Ergebnis bleibt jedoch gleich: Tourismus, Gastronomie und Einzelhandel in Nordrhein-Westfalen drohen massive Umsatzeinbußen, es ist nicht sichergestellt, dass deutsche Autofahrer nicht doch zahlen müssen, und die Einnahmen der Maut werden durch die Bürokratiekosten direkt wieder aufgezehrt. Zudem stehen dem neuen Maut-Modell erhebliche datenschutzrechtliche Bedenken gegenüber.

Zu bezweifeln ist, dass die geplante Maut überhaupt einen Beitrag zur Infrastrukturfinanzierung leisten kann. Die bei der Vorstellung des Gesetzentwurfes vorgelegten Berechnungen, insbesondere zu den erwarteten Einnahmen von 500 Millionen Euro, sind weder belegbar noch nachvollziehbar. Fallen die Einnahmen, wie von Fachexperten erwartet, deutlich geringer aus, reichen diese bestenfalls, um die gewaltigen Bürokratiekosten sowie hunderte zusätzliche Stellen in der Mautverwaltung zu finanzieren. Für die dringend notwendige Finanzierung der Infrastruktursanierung stehen dann keinerlei zusätzliche Mittel zur Verfügung. Stattdessen sind zusätzliche Kosten für deutsche Autofahrer und deutliche Verluste für die nordrhein-westfälische Wirtschaft zu erwarten.

Mehrere Nachbarländer haben in Reaktion auf die Pkw-Maut-Pläne der großen Koalition bereits angekündigt, ebenfalls die Einführung einer Abgabe zu prüfen. Abgesehen davon, dass diese Entwicklung der europäischen Einigung insgesamt widerspricht, führt sie zu einer Mehrbelastung für deutsche Autofahrer bei Fahrten in die Niederlande oder nach Belgien. Darüber hinaus ist eine Kompensation der in Deutschland zu zahlenden Pkw-Maut für deutsche Autofahrer keineswegs sichergestellt. Es ist zu befürchten, dass mittelfristig der Maut-Ausgleich über die Kfz-Steuer entfällt oder der Maut-Entwicklung nicht angepasst wird. Unklar ist außerdem, ob ein solcher Ausgleich überhaupt mit europäischem Recht vereinbar ist.

Datum des Originals: 03.11.2014/Ausgegeben: 03.11.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

Fällt das entsprechende Entlastungsgesetz in Brüssel durch, werden deutsche Autofahrer direkt zur Kasse gebeten.

Für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen hätte das vorgestellte Pkw-Maut-Gesetz erhebliche Umsatzeinbußen durch das Fernbleiben von Gästen aus dem benachbarten Ausland zur Folge. Die vorgesehene Aussetzung der Pkw-Maut auf Bundesstraßen ist dabei nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Denn natürlich reisen die Besucher aus den Nachbarländern auch über die Autobahnen zu uns – nicht nur in die Grenzregionen, sondern vor allem in die nicht grenznahen Teile von Nordrhein-Westfalen, wie beispielsweise das Sauerland. Insbesondere in diesen Regionen sind negative Folgen für Einzelhandel, Gastronomie und Tourismus in NRW vorprogrammiert.

Vor dem Hintergrund, dass bei der Formulierung des Pkw-Maut-Gesetzes nordrhein-westfälische Interessen nicht ausreichend berücksichtigt wurden und Einzelhandel, Gastronomie und Tourismus in Nordrhein-Westfalen erhebliche Umsatzeinbußen drohen, sind eine Befassung des Landtags mit den vorgestellten Plänen und eine eindeutige Positionierung des Landes dringend geboten.

Christof Rasche

und Fraktion